

LANDESGESETZBLATT

FÜR OBERÖSTERREICH

Jahrgang 1999

Ausgegeben und versendet am 16. Juni 1999

29. Stück

- Nr. 46** Raumordnungsprogramm der Oö. Landesregierung über die Verwendung von Grundstücken in der Region Steyr-Kirchdorf als Gebiet für Geschäftsbauten für den überörtlichen Bedarf
- Nr. 47** Verordnung der Oö. Landesregierung über das Aussetzen standortfremder Pflanzen
- Nr. 48** Verordnung der Oö. Landesregierung betreffend die Änderung der Grenzen der Gemeinde Altenberg bei Linz und der Gemeinde Kirchschlag bei Linz
- Nr. 49** Verordnung der Oö. Landesregierung, mit der die Verordnung der Oö. Landesregierung, mit der der Standort einer Abfallbehandlungsanlage des Bezirksabfallverbandes Perg festgelegt wird, aufgehoben wird

Nr. 46

Raumordnungsprogramm

der Oö. Landesregierung über die Verwendung von Grundstücken in der Region Steyr-Kirchdorf als Gebiet für Geschäftsbauten für den überörtlichen Bedarf

Auf Grund des § 11 Abs. 1 und 2 sowie des § 24 Abs. 1 und 3 Oö. Raumordnungsgesetz (Oö. ROG 1994), LGBl. Nr. 114/1993, zuletzt geändert durch das Landesgesetz LGBl. Nr. 83/1997 und die Kundmachung LGBl. Nr. 131/1997, wird verordnet:

§ 1

(1) Der Raum der NUTS III Region Steyr-Kirchdorf (§ 6 Oö. Landesraumordnungsprogramm 1998) wurde im Zuge der Grundlagenforschung untersucht.

(2) Die Untersuchung hat ergeben, dass die Verwendung des Grundstücks Nr. 178/1 der KG. Pettenbach, Marktgemeinde Pettenbach, mit einer Gesamtgrundstücksfläche von 6.000 m² als Gebiet für Geschäftsbauten (§ 23 Abs. 3 Oö. ROG 1994) zum Zweck der Errichtung eines Geschäftsbaus für den überörtlichen Bedarf, für Handelsbetriebe mit gemischtem Warenangebot einschließlich Lebens- und Genussmittel der Grundversorgung (§ 24 Abs. 1 Z. 2 Oö. ROG 1994), zulässig ist.

(3) Die Widmung des Grundstücks Nr. 178/1 der KG. Pettenbach, Marktgemeinde Pettenbach, wird für Geschäftsbauten bis zu einer Gesamtverkaufsfläche (§ 24 Abs. 2 Oö. ROG 1994) von 2.100 m² für zulässig erklärt.

§ 2

Dieses Raumordnungsprogramm tritt mit Ablauf des Tages seiner Kundmachung im Landesgesetzblatt für Oberösterreich in Kraft.

Für die Oö. Landesregierung:

Dr. Leitl

Landeshauptmann-Stellvertreter

Nr. 47

Verordnung

der Oö. Landesregierung über das Aussetzen standortfremder Pflanzen

Auf Grund des § 27 Abs. 2 des Oö. Natur- und Landschaftsschutzgesetzes 1995 (Oö. NSchG 1995), LGBl. Nr. 37, zuletzt geändert durch die Kundmachung LGBl. Nr. 147/1997, wird verordnet:

§ 1

(1) Das Aussetzen standortfremder Pflanzen in der freien Natur ist nur mit Bewilligung der Landesregierung zulässig. Die Bewilligung ist - erforderlichenfalls auch unter Bedingungen, befristet oder mit Auflagen - zu erteilen, wenn durch das beabsichtigte Vorhaben keine nachhaltige Schädigung des Naturhaushalts oder der Grundlagen von Lebensgemeinschaften von beheimateten Pflanzen- und Tierarten zu befürchten ist.

(2) Als standortfremd im Sinn des Abs. 1 sind gentechnisch veränderte Pflanzen anzusehen.

§ 2

Der Antrag auf Erteilung einer Bewilligung hat insbesondere folgende Angaben und Beschreibungen über die Umwelt zu enthalten:

1. Geographische Lage des Orts der Aussetzung und genaue Standortangaben;
2. Nähe zu wichtigen Biotopen oder geschützten Gebieten;
3. wirtschaftliche Tätigkeiten der ortsansässigen Bevölkerung, die sich auf die natürlichen Ressourcen des Gebiets stützen;
4. klimatische Merkmale des Gebiets, die wahrscheinlich von der Aussetzung betroffen werden;
5. geographische, geologische und pedologische Eigenschaften;
6. Flora und Fauna einschließlich Nutzpflanzen, Nutztiere und wandernde Arten;

7. bereits bekannte, in dem Gebiet geplante Erschließungen oder Geländeumwidmungen, die sich auf den Umwelteinfluss der Aussetzung auswirken könnten;
8. Maßnahmen, die getroffen werden, um eine Schädigung des Naturhaushalts oder der Grundlagen von Lebensgemeinschaften von beheimateten Pflanzen- oder Tierarten möglichst gering zu halten oder auszuschließen.

§ 3

Diese Verordnung tritt mit Ablauf des Tages ihrer Kundmachung im Landesgesetzblatt für Oberösterreich in Kraft.

Für die Oö. Landesregierung:

Dipl.-Ing. Haider
Landesrat

Nr. 48

Verordnung

der Oö. Landesregierung betreffend die Änderung der Grenzen der Gemeinde Altenberg bei Linz und der Gemeinde Kirchschlag bei Linz

Auf Grund des § 6 Abs. 1 und des § 7 Abs. 1 der Oö. Gemeindeordnung 1990, LGBl. Nr. 91, zuletzt geändert durch das Landesgesetz LGBl. Nr. 8/1998, wird verordnet:

§ 1

Die Grenzen der Gemeinde Altenberg bei Linz und der Gemeinde Kirchschlag bei Linz, politischer Bezirk Urfahr-Umgebung, werden wie folgt geändert:

- a) Die Grundstücke Nr. 791, 800/2 und 801/2, Katastralgemeinde Riedl, Gemeinde Kirchschlag bei Linz, im

Ausmaß von 1.224 m² werden der Gemeinde Altenberg bei Linz eingemeindet;

- b) das Grundstück Nr. 3170/17, Katastralgemeinde Altenberg, Gemeinde Altenberg bei Linz, im Ausmaß von 12 m² wird der Gemeinde Kirchschlag bei Linz eingemeindet.

§ 2

Diese Verordnung tritt mit 1. Jänner 2000 in Kraft.

Für die Oö. Landesregierung:

Hochmair
Landeshauptmann-Stellvertreter

Nr. 49

Verordnung

der Oö. Landesregierung, mit der die Verordnung der Oö. Landesregierung, mit der der Standort einer Abfallbehandlungsanlage des Bezirksabfallverbandes Perg festgelegt wird, aufgehoben wird

Auf Grund des § 21 Abs. 1 des Oö. Abfallwirtschaftsgesetzes 1997, LGBl. Nr. 86, in der Fassung des Landesgesetzes LGBl. Nr. 18/1998 wird verordnet:

Die Verordnung, mit der der Standort einer Abfallbehandlungsanlage des Bezirksabfallverbandes Perg festgelegt wird, LGBl. Nr. 43/1996, tritt mit Ablauf des Tages der Kundmachung dieser Verordnung außer Kraft.

Für die Oö. Landesregierung:

Haubner
Landesrätin